



## KOMMENTAR

von Jannik Belser, Baku

### **Der Chef der Atomenergiebehörde hat recht: Deutschland darf sich der Kernkraft nicht mehr verweigern**

Wenn das Wetter nicht mitspielt, hat Deutschland einen der dreckigsten Strommixe in ganz Europa. Die neue Regierung sollte bei der Energiepolitik eine Kehrtwende vollziehen und die Diskussion um Atomstrom wieder zulassen.

310 Kommentare →

18.11.2024, 11.06 Uhr ⌚ 3 min



Die Sprengung der Kühltürme des stillgelegten Kernkraftwerks in Grafenrheinfeld war für Beobachter Mitte August ein Spektakel.

Heiko Becker / Imago

Deutschland sollte zur Atomkraft zurückkehren. Diese einfache Botschaft verbreitete Rafael Grossi, Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), anlässlich der Uno-Klimakonferenz, die derzeit in Baku stattfindet. Der Schritt wäre «logisch und rational», sagte er gegenüber deutschen Journalisten.

Grossi verwies auf die klimafreundliche Emissionsbilanz der Technologie: «Deshalb wollen Länder, die Atomenergie haben, mehr Atomenergie. Und viele Länder, die keine Atomenergie haben, wollen Atomenergie.» Es gebe nur ein Land, das sich von der Atomkraft vollständig zurückgezogen habe: Deutschland.

Der Chef einer Atombehörde plädiert also für Kernkraft. Atomgegner könnten nun erwidern: Das ist wie ein Metzger, der Fleisch als Teil einer ausgewogenen Ernährung empfiehlt.

Aber Grossi hat recht. Seine Worte kommen genau zum richtigen Zeitpunkt. Denn die deutsche Politik hat die wahren Probleme ihrer Wirtschaft schon fast vergessen. Sie war in den letzten Wochen mit dem Untergang der Ampelkoalition absorbiert. Bundeskanzler und Finanzminister gaben sich gegenseitig die Schuld am Scheitern der Regierung, und die Opposition wollte Neuwahlen, so rasch die Papierreserven in Deutschland es nur zuliessen.



Rafael Grossi.

Vahid Salemi / AP

Während Berlin im politischen Chaos versank, offenbarten sich im Strommarkt die Folgen der verfehlten Energiepolitik.

## **Die «Ampel» zerbricht, der Strompreis schnell in die Höhe**

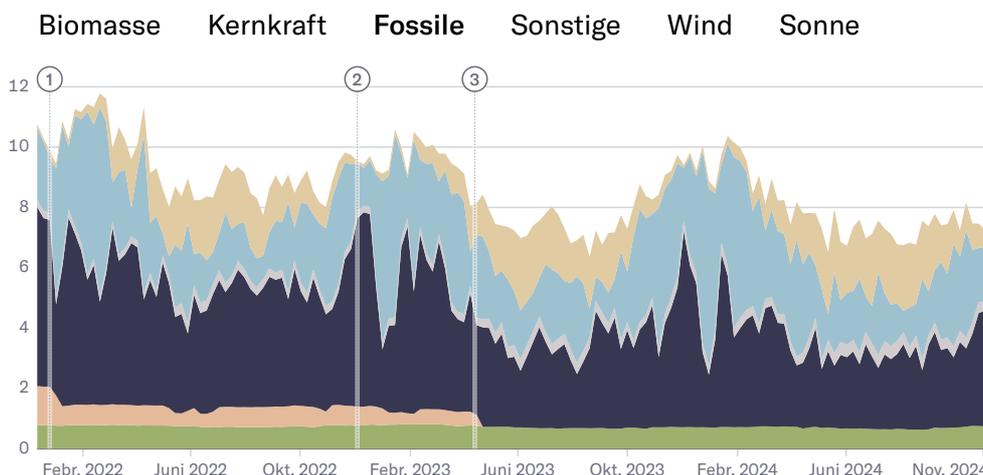
Am Abend des 8. Novembers, nur wenige Stunden bevor der Kanzler seinen Finanzminister entliess, schoss der Börsenstrompreis in die Höhe. Phasenweise lag er bei mehr als 800 Euro pro Megawattstunde, zehnmal so hoch wie durchschnittlich in den vergangenen Monaten.

Grund dafür war das Wetter. Die Sonne schien nicht, der Wind blies nicht, die zahlreichen Solar- und Windkraftanlagen im ganzen Land lieferten nur wenig Strom. Experten bezeichnen das als «Dunkelflaute», die Situation könnte sich in den Wintermonaten wiederholen. In der Not greift Deutschland

dann zu Gas und Kohle. Beides Energieträger, denen man eigentlich abgeschworen hatte.

## 56 Prozent des Stroms stammten vergangene Woche aus fossilen Quellen

Wöchentliche Stromerzeugung in Deutschland, in TWh



- 1 Ende 2021 gehen drei weitere AKW vom Netz.
- 2 Deutschland verfeuert so viel Kohle und Gas wie zuletzt im Januar 2017.
- 3 Die letzten drei AKW werden abgeschaltet.

Auf der Y-Achse: Stromerzeugung in absoluten Zahlen (TWh) gemäss EU-Transparenzverordnung; diese entsprachen im Jahr 2020 93 Prozent des insgesamt erzeugten Stroms. Ohne Pumpspeicher. Nachmeldungen möglich.

Stand: 18. 11. 2024

Quelle: Bundesnetzagentur/Entso-E

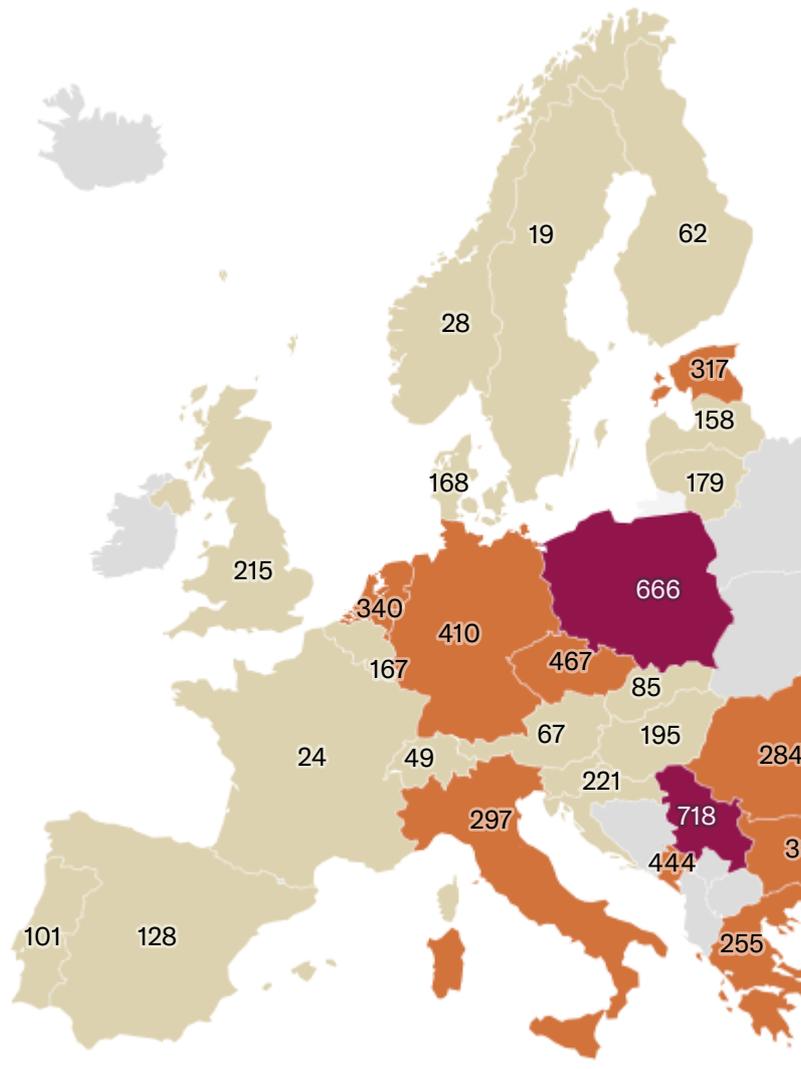
NZZ / sih.

71 Prozent des deutschen Stroms stammten Anfang November aus fossilen Quellen – es ist der höchste Anteil seit über zehn Jahren. Gemessen an den CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Kilowattstunde war der deutsche Strom im Oktober 17-mal dreckiger als in Frankreich, wo Atomkraftwerke unabhängig von der Wetterlage eine konstante Stromversorgung liefern.

## Deutschlands Strommix gehört zu den schmutzigsten in Europa

CO<sub>2</sub>-Emissionen bei der Stromerzeugung im Oktober 2024

g CO<sub>2</sub> je kWh



Länder in Grau: (noch) keine Daten. Stand: 7.11.2024

Quelle: [Ember Climate](#)

NZZ / sih.

## Deutschland verweigert sich dem Fortschritt

Zur Atomkraft gibt es einige berechtigte Einwände. Da sind etwa die Bedenken zur Wirtschaftlichkeit: Der Bau neuer Atomkraftwerke hat sich vielerorts verzögert und fällt viel

teurer als geplant aus. Allen voran im Sommer, wenn mehr als genug Solarstrom verfügbar ist, ist der Betrieb von Kernkraftanlagen kaum wettbewerbsfähig.

Das sind Probleme, die sich wahrscheinlich schon bald lösen lassen. Die Atomforschung entwickelt sich rasant, in den USA sorgen die grossen Tech-Konzerne für einen Investitionsboom und treiben so die Entwicklung von modularen Kleinreaktoren voran. Noch sind diese nicht erprobt – aber Kleinreaktoren könnten im Strommix genau jene Konstanz liefern, die den Erneuerbaren fehlt.

Doch Deutschland zieht die neuen Möglichkeiten gar nicht erst in Erwägung. Das Land verweigert sich dem Fortschritt.

Die CDU und die FDP scheinen den Denkfehler erkannt zu haben. Beide Parteien forderten jüngst eine Kehrtwende in der Energiepolitik. Es bleibt zu hoffen, dass sie diese in einer allfälligen Beteiligung an der neuen Regierung auch vollziehen würden. Eine Technologie auszuschliessen, weil sie einem aus ideologischen Gründen suspekt ist, darf in Anbetracht der gewaltigen Herausforderungen fürs Klima und für die Wirtschaft keine Option mehr sein.

## **310 Kommentare**

**BA** vor einem Tag

Da serbelt die deutsche Industrie und jammert über die hohen Energiepreise. Und das Rezept der IAEA? Wenig verwunderlich: Neue AKWs. Dann mal Klartext. Dank der brandaktuellen Offerte für neue AKWs in Tschechien liegen reale Zahlen auf dem Tisch. Für die reinen Baukosten (ohne Baufinanzierung) für zwei APR1000 (1000 MWel) von KHNP sind 16 Mrd. € veranschlagt. Hochgerechnet auf die Schweiz: Die Arbeitskosten in der

Schweiz [63.60 Fr./h; 2020; BFS] liegen um Faktor 3 bis 4 höher als in Tschechien [18 €/h; 2023; Eurostat]. 60% der Wertschöpfung sollen in der tschechischen Wirtschaft erbracht werden. Ergibt für die Schweiz mit einem bescheidenen Arbeitskostenfaktor von 2 gerechnet die stolze Summe von 25.6 Mrd. € ( $0.4 \cdot 16 + 0.6 \cdot 16 \cdot 2$ ), noch ohne Baufinanzierung. Dafür rechnen wir sehr optimistisch mit 5% Zins und einer reinen Bauzeit (Baugenehmigung bis kommerzieller Betrieb) von 9 Jahren (tschechische Offerte). Wir landen bei 33 Mrd. €, bevor die erste kWh Strom produziert wird! Noch ohne Kostenüberschreitungen! Daraus resultieren bei einer Abschreibungsdauer von 30 Jahren und 6% Zins allein Kapitalkosten von  $\approx 18$  Rp./kWh, in den ersten 10 Betriebsjahren  $\approx 23$  Rp./kWh. OHNE Betrieb, Brennstoff, Entsorgung, Stilllegung ... Die Zahlen für Deutschland wären in der gleichen Größenordnung. Im Sommer ist der AKW-Strom in 10 Jahren unverkäuflich. Das, liebe Leser, ist der endgültige Todesstoss für den Industriestandort!

#### [70 Empfehlungen](#)

---

**Thomas Frech** vor einem Tag

Es ist Unsinn, Atomkraft als Ausgleich zu Erneuerbaren zu bauen, lassen Sie sich hier nicht von den Lügen der Atomlobby blenden! Die Ergänzung der Erneuerbaren muss schnell regelbar sein. Atomkraftwerke und Flusskraftwerke sind dies nicht. Was wir benötigen, sind schnell regelbare Kraftwerke, also Stauseen (idealerweise Pumpspeicher, aber auch normale Stauseen sind hilfreich). Wo die Stauseen fehlen können Fossile einspringen, aber das müssen wir offensichtlich so schnell wie möglich reduzieren. Nur ist die Investition in Atomkraft eine totale Fehlallokation zu diesem Zweck. Dieses Geld muss in Pumpspeicher und andere marktfähige Kurzzeitspeicher und saisonale Speicher fließen!

#### [62 Empfehlungen](#)

[Alle Kommentare anzeigen](#)

## Passend zum Artikel

INTERAKTIV

### **Fossiler Stromanteil lag zwei Wochen in Folge bei über 50 Prozent – Zahlen zur Energieversorgung in Deutschland, täglich aktualisiert**

18.11.2024 ⌚ 9 min



### **Abkehr von Angela Merkmels Atomausstieg: CDU und CSU bekennen sich zaghaft zur Kernenergie**

05.11.2024 ⌚ 3 min



### **Rechenzentren brauchen immer mehr Strom – so viel, dass die grossen Tech-Konzerne in den USA nun die Atomkraft wiederbeleben**

09.10.2024 ⌚ 5 min



### **Amerikanische Tech-Giganten investieren Millionen in kleine Kernreaktoren. Was versprechen sie sich davon?**

08.11.2024 ⌚ 6 min



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.